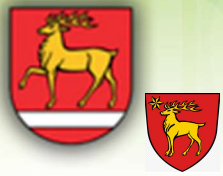




# NEWSLETTER BURGER FÜR BÜRGER



01/2025 Klaus Burger MdL Wahlkreis 70 Sigmaringen



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

mit dem ersten Newsletter des neuen Jahres wünsche ich jedem Leser ganz persönlich ein gutes und gelingendes neues Jahr, Gesundheit und Erfolg für alle ihre privaten Vorhaben! Auch in der Politik wird es ein ganz entscheidendes Jahr werden. Wir stecken im Wahlkampf einer vorgezogenen Bundestagswahl am 23.02.2025, welche durch das Platzen der Ampelregierung in Berlin notwendig wurde. Mit Friedrich Merz im Bund und Thomas Bareiß im Kreis haben wir alle Chancen, „Deutschland wieder nach vorne“ zu bringen. Und ein ganz wichtiger Hinweis bezüglich des neuen Wahlrechts: Gelingen kann es nur mit beiden Stimmen für die CDU. „Erst und Zweitstimme“ für die CDU! Und mit einem zweiten Höhepunkt geht es dann mit der Nominierung zur Landtagswahl 2026 gleich weiter. Merken Sie sich heute schon die Nominierungsveranstaltung am 28.03.2025, 19:00 Uhr in Krauchenwies vor! Die Bewerberin und die Bewerber stellen sich in den angehefteten Bewerbungen vor. Für mich startet das Jahr immer mit dem Besuch der Grünen Woche.

	Grußwort + Statement Klaus Burger MdL	1
	Landkreis & Landtag im Fokus <ul style="list-style-type: none"> <li>- 14.380 Euro für Elternmentoren im Landkreis</li> <li>- Gelder aus der Privatlotterie Glücksspirale an den Naturpark Obere Donau</li> <li>- Plenardebatte Hofübergabe</li> <li>- Land fördert ehrenamtliches Engagement im Landkreis</li> </ul>	6
	Fraktion/Arbeitskreis/Ausschuss <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gesprächsrunde bei der IHK Bodensee Oberschwaben</li> <li>- Treffen der agrarpolitischen Sprecher der Unionsparteien</li> <li>- 89. Grüne Woche in Berlin</li> </ul>	9
	Schwarzes Brett <ul style="list-style-type: none"> <li>- Unsere Antwort: Die Agenda 2030</li> <li>- Zehn Punkte Zuversicht: Baden-Württemberg und eine neue Politik der Mitte im Bund</li> <li>- CDU-Kreisvorstandssitzung</li> <li>- Mandatsträgerkonferenz in Künzelsau</li> </ul>	12
	Burger beim Bürger	

In der Funktion des agrarpolitischen Sprechers und AK Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion gibt es in Berlin an drei Tagen ein volles Programm und viele Sachgespräche. Man spürte einen Hauch von frischem Wind bei den Ausstellern und jungen Landwirten. Alle fordern aber einen Politikwechsel und die Neuausrichtung der Agrarpolitik. Schön war es auch „Die Ölfreunde“ aus Beuron als Aussteller zu treffen.

Ein entscheidender Höhepunkt war dann das Treffen der Funktions- und Mandatsträger in Künzelsau und tags darauf der Neujahrsempfang mit Friedrich Merz im Carmen Würth Forum. Fast 3000 Menschen erlebten einen starken Wahlkampfauftakt mit einem Spitzenkandidaten, der in seiner Rede Aufbruchstimmung verbreitete. Mit seiner klaren Aussage „Das Maß ist voll - jetzt müssen wir handeln“ veranschaulichte er den Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik hin zu mehr Leistungsorientierung. Er treibt Änderungen bei der Inneren Sicherheit und beim Thema Asyl voran und will Deutschland aus der politischen Lähmung führen.

„Wieder nach vorne“ - ich rufe Sie auf, ihn und Thomas Bareiß dabei zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

**Klaus Burger MdL**  
**CDU Kreisvorsitzender**

| **Statement Klaus Burger MdL** |

## Statement zur aktuellen Situation



Der CDU-Neujahrsempfang fand mit rund 130 Besuchern und einem guten Verlauf, aber mit einer Demo gegen die Kreis-CDU und einem ständig sich wiederholenden Lied „Wehrt euch, leistet Widerstand - gegen den Faschismus im Land“ statt. An der sogenannten Mahnwache nahmen rund 50 Personen teil.



Als erstes möchte ich für einen nüchternen Blick auf die nicht zu leugnenden Probleme in unserem Land, sowie für eine Differenzierung und eine faire Beurteilung des Verhaltens der verschiedenen Fraktionen werben.

Würden wir als CDU angesichts der zunehmenden Gewalt nicht handeln, würde man uns das zu Recht auch vorwerfen. Eigentlich steht in so einer Situation – nach Mannheim, Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg – nach meinem Demokratieverständnis der Bundeskanzler in vorderster Verantwortung. Warum diese von ihm (mit ganz wenigen Ausnahmen) weder von den Medien noch der sonstigen Öffentlichkeit eingefordert wird, verstehe ich persönlich nicht.

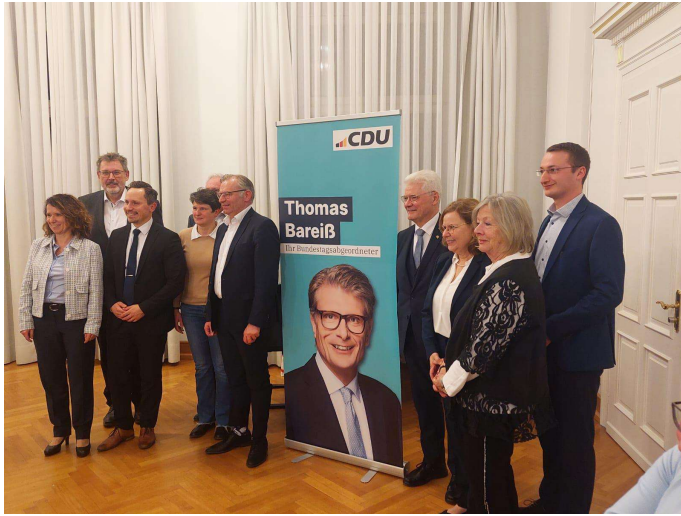
Was ich ebenso wenig verstehe, ist, dass sich die Empörung nun über die ergießt, die versuchen zu verhindern, dass sich solche Taten nicht weiter in regelmäßigen Abständen wiederholen. Wer Friedrich Merz Wortbruch vorwirft, der muss aber auch zur Kenntnis nehmen, dass zwischen seiner Aussage im November und den letzten Woche zwei schreckliche Attentate liegen, denen mehrere Personen - darunter zwei Kinder - zum Opfer gefallen sind.

Bei den aufgelisteten Attentaten ist es schlicht eine Tatsache, dass diese – wie auch immer der Einzelfall gelagert war - von Menschen, die auf der Suche nach Schutz und einer besseren Zukunft zu uns gekommen sind, ausgeübt wurden. Auch die Kriminalstatistik spricht eine klare Sprache. Das nicht wahrhaben zu wollen, löst die Probleme nicht. Weder für die Menschen, die schon lange hier leben, noch für solche, die in der Hoffnung auf Schutz zu uns gekommen sind und nun neue Gewalt erleben müssen.

Eine der Ursachen unserer aktuellen Probleme ist die schiere Anzahl der Menschen, die in den letzten Jahren zu uns kamen, insbesondere seit die Ampelkoalition kurz nach Regierungsantritt viele der 2016 in der großen Koalition getroffenen Vereinbarungen rückgängig gemacht hat. So kamen allein im Jahr 2022 1,8 Millionen Menschen nach Deutschland. In vielen öffentlichen Statistiken werden die ukrainischen Flüchtlinge aufgrund ihres Sonderstatus´ ausgeklammert. Aber auch sie benötigen Unterkünfte, Sprachkurse, Ärzte, psychologische Betreuung, KiTa-Plätze und und und.

Ohne meine christlichen Werte zu verleugnen, denke ich, es ist richtig – und auch den bereits hier lebenden Menschen angemessen - die Anzahl weiterer Zuzüge deutlich zu reduzieren. Wir können einfach nicht so tun, als ob es für unsere Ressourcen keine Grenzen gäbe. Wenn ich mich mit Schulleitern unterhalte, die mir berichten, dass sie in jeder Klasse inzwischen mindestens zwei Kinder ohne jegliche Deutschkenntnisse sitzen haben und sie diesen – und auch den anderen Kindern - nicht mehr gerecht werden können, dann kann sich jede und jeder ausmalen, wie viele frustrierte und abgehängte Jugendliche wir in wenigen Jahren haben. Wir müssen diesen jungen Menschen, die schon bei uns sind, eine Perspektive geben, wenn wir nicht sehenden Auges weiteres Gewaltpotenzial heranwachsen lassen wollen. Und das hat rein gar nichts mit der Nationalität zu tun, das möchte hier ausdrücklich betonen.

Aber es hat sehr viel mit dem zu tun, was wir den Kindern und Jugendlichen auch aufgrund der nachlassenden Wirtschaftskraft noch mit auf den Weg geben können.



Es wäre meines Erachtens schon längst an der Zeit gewesen zu handeln. Wenn die Regierung es aber vorzieht, in Untätigkeit zu verharren und immer nur darauf verweist, was alles nicht geht, dann ist es mehr als geboten, wenn die größte Oppositionspartei sich vorwagt und das Heft nicht allein der radikalen Rechten überlässt.

Es gab zu den Anträgen der CDU, die seit September 2024 auf dem Tisch liegen, zahlreiche Gespräche mit den anderen demokratischen Parteien, die leider ergebnislos blieben. Man wirft Friedrich Merz und der Fraktion jetzt eine „Friss oder stirb“-Haltung vor. Wer sich aber die Mühe macht und die Verhandlungen seither verfolgt, kommt an der Verweigerungshaltung von SPD und Grünen nicht vorbei. Es waren im Übrigen gerade diese beiden Parteien, die weitergehende Restriktionen auf EU-Ebene blockierten.

Im Gegensatz zu den genannten Gesprächen gab es mit der AfD keinen Austausch – weder jetzt noch im Herbst 2024. Hier wird v.a. seitens der SPD und der Grünen mit Unterstützung zahlreicher Medien aus wahltaktischen Gründen eine Zusammenarbeit konstruiert, die es nie gab. Als SPD und Grüne wenige Stunden nach der Verabschiedung des CDU-Entschließungsantrag mithilfe der AfD-Stimmen vergangenen Mittwoch ebenfalls mithilfe der AfD die Abstimmung über einen ungeliebten FDP-Antrag zu den Ukrainehilfen verhinderten, schauten Medien und Öffentlichkeit wohlwollend weg. Wenn man sich einig ist, dass man mit der AfD nicht gemeinsame Sache macht, dann sollte das in meinen Augen für alle und bei allen Themen gelten. Ob es hier im Vorfeld Kontakte zur AfD gab, weiß ich nicht und möchte ich auch niemandem unterstellen, aber doch gerne nochmals wiederholen, dass die CDU-Fraktion im Vorfeld beider Abstimmungen keine hatte, und das moralische Ross, auf das sich die Restampel aktuell setzt, vielleicht etwas zu hoch ist. Alle Abgeordneten – ob im Landtag- oder im Bundestag – haben einen Eid abgelegt, zum Wohle dieses Landes und der Sicherheit seiner Bürger zu handeln und die demokratischen Werte zu achten. Es mögen andere anders sehen, aber in meinen Augen nahmen und nehmen SPD- und Grünenfraktion im Bundestag beides nicht ernst genug. Ein Zeichen ist für mich das fast demonstrative Nicht-Handeln in Sachen Migration und die Beschränkung darauf,

regelmäßig das Bedauern auszudrücken, wenn das Wohl und die Sicherheit ein weiteres Mal verletzt wurden.

Man kann darüber streiten, ob der Zeitpunkt des Handelns von Friedrich Merz richtig war. Aber es fördert die demokratische Streitkultur auch nicht, wenn man statt einer inhaltlichen Auseinandersetzung den Gegner diffamiert und jede Differenzierung außen vorlässt. Es ist für mich ein Unterschied, wenn man über Zuwanderung spricht, ob es um illegale Migration oder eine andere Form geht, und ob der eingeschränkte Familiennachzug für Menschen mit dauerhafter Bleibeperspektive gelten soll oder nur für solche mit begrenztem Aufenthaltsstatus. Ich möchte niemandem unterstellen, Ängste in Teilen der Bevölkerung bewusst zu schüren. Ich halte es aber für fahrlässig, diese Unterscheidungen nicht vorzunehmen und dadurch Überreaktionen wie die Sachbeschädigungen an zahlreichen CDU-Büros in den letzten Tagen billigend in Kauf zu nehmen.

Ich selbst wünsche mir, dass wir alle - auch im Vorfeld eines Wahlkampfes – wieder um die Inhalte streiten und nicht um „gut oder böse“. Es braucht Brückenbauer im demokratischen Lager von allen Seiten. Vor allem müssen wir wieder schnell zu dem Kompetenzthema der CDU zurückkommen und die Wirtschaft wieder zum Laufen bringen. Meinen Teil möchte ich gerne dazu beitragen zum Beispiel im Rahmen der zahlreichen Veranstaltungen, zu denen auch ich die nächsten Wochen geladen bin. Wenn jeder

von uns wieder gemäßigte Töne anschlägt, können wir uns auch wieder aufeinander zubewegen und gemeinsam nach Lösungen suchen. Das ist meine Hoffnung und meine Überzeugung.



Nur eines wird es mit mir – und auch mit keinem Parteikollegen, den ich kenne – geben: ein Miteinander mit der AfD. Nicht nur, dass diese Partei nach der Parole lebt „diesem Land geht es erst wieder gut, wenn die CDU tot ist“ (so der Abgeordnete Klauß im Landtag im vergangenen Dezember), auch in den Vorstellungen von Wirtschaft- und Außenpolitik und vor allem im zugrundeliegenden Menschenbild trennen uns Welten.

In diesem Sinne

**Ihr Klaus Burger MdL**

**Kreisvorsitzender**



## | Aus dem Landkreis|

### **14.380 Euro für Interkulturelle Elternmentorinnen und -mentoren im Landkreis Sigmaringen**

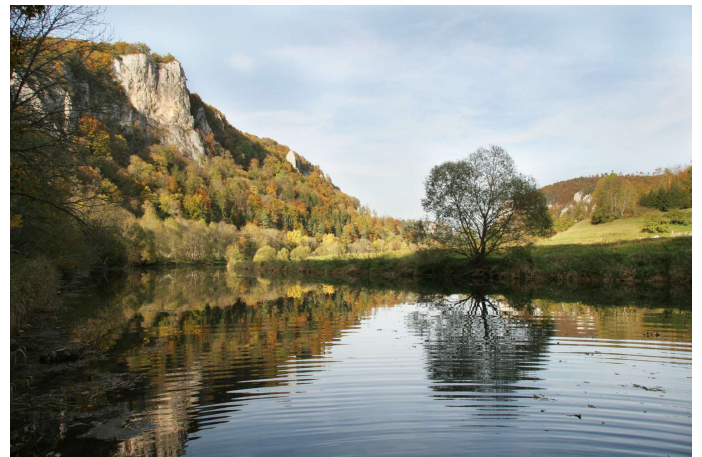


„Jedes Kind in diesem Land verdient gleiche und qualitativ hohe Bildungsmöglichkeiten. Dafür braucht es nicht nur Kindertagesstätten und Schulen, sondern auch das Elternhaus. Starke Familien und starke Eltern sind ein Schlüssel für die Bildung der Kinder. Insoweit unterstützt das Projekt der interkulturellen Elternmentorinnen und -mentoren des Landkreises Kinder mit Flucht- und Migrationserfahrungen aktiv bei ihrer Entwicklung. Das ist nicht nur für den Werdegang der Kinder zentral; vielmehr dient es auch der Bewältigung des demografischen Wandels und des damit verbundenen, schon heute allgegenwärtigen Fachkräftemangels. Daher begrüße ich die Unterstützung der Elternmentoren-Programme durch das Land

ausdrücklich“, betont der Sigmaringer Landtagsabgeordnete Klaus Burger (CDU). Landesweit werden 25 Projekte mit insgesamt 600.000 Euro unterstützt. Die vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration geförderten Projekte decken sowohl städtische als auch ländliche Regionen ab. Projektträger sind sowohl Städte, Gemeinden und Kreise als auch Träger der Wohlfahrtspflege, Vereine und Migrantenorganisationen.

## | Aus dem Landtag|

### **MdL Klaus Burger: Gelder aus der Privatlotterie „Glücksspirale“: 84.000 Euro gehen an den Naturpark Obere Donau**



Der Finanzausschuss des Landtags von Baden-Württemberg hat kürzlich 750.000 Euro aus den Erträgen der Privatlotterie „Glücksspirale“ für Naturparke freigegeben.

Klaus Burger MdL (CDU): „Es ist richtig stark, dass der Finanzausschuss einen großen Betrag aus der Privatlotterie ‚Glücksspirale‘ für unsere Naturparke vorgesehen hat. Mit diesen Mitteln

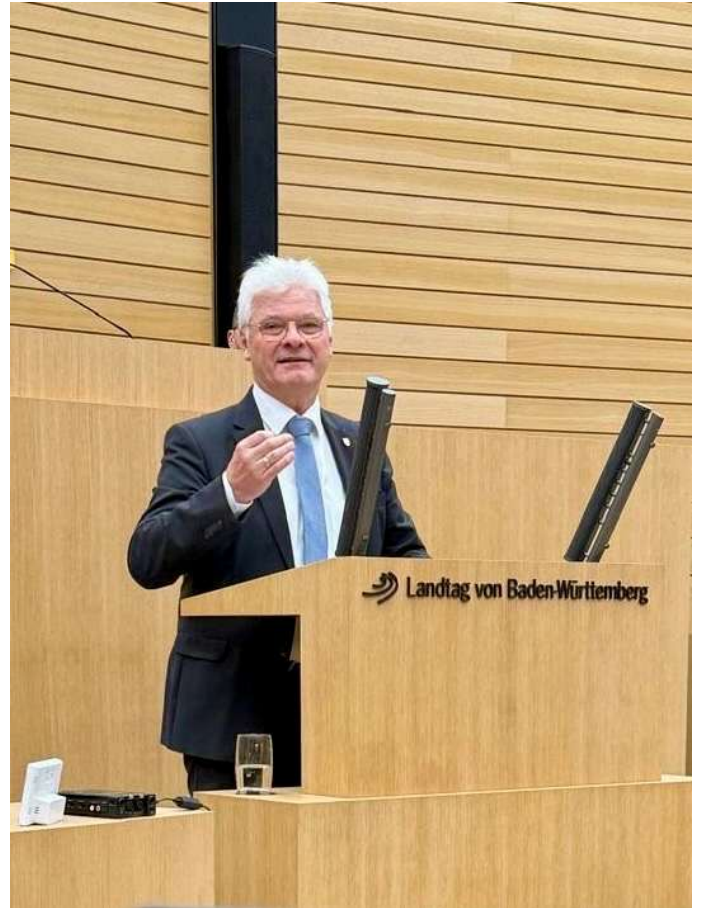
können wir unsere wunderschönen Naturparke weiter fördern und sicherstellen, dass sie auch in Zukunft für Menschen, Tiere und die Natur insgesamt erhalten bleiben und weiterentwickelt werden. Das ist ein gutes Zeichen für den Schutz unserer Umwelt und für die kommenden Generationen!“

Die Mittel verteilen sich auf herausragende Projekte im ganzen Land. Für den Naturpark Obere Donau sind 84.000 Euro vorgesehen. Unter anderem sollen damit Pflegemaßnahmen des Schwäbischen Albvereins auf der Gemarkung Wurmlingen in Kooperation mit der Bevölkerung, der Gemeinde und einer örtlichen Schule sowie die Neuerstellung des historischen Brunnens mit Landschaftsangepasster Umgebungsgestaltung im Gewinn Bisele, Mühlheim, als lokal wertvolle Wasserquelle unterstützt werden.

Hintergrund:

Die Erträge der Privatlotterie „Glückspirale“ von fast 4 Millionen Euro gehen an das Land und werden für den Natur- und Umweltschutz eingesetzt. Weitere Mittel gehen an die Stiftung Naturschutzfonds (1,1 Millionen Euro), die Abfall- und Kreislaufwirtschaft (280.000 Euro), die Bildung für nachhaltige Entwicklung (1,7 Millionen Euro) und an das bürgerschaftliche Engagement (90.000 Euro).

## Plenardebatte Hofübergabe



Bei der Debatte im Stuttgarter Landtag zum Thema Hofübergabe konnte ich mitten aus dem Leben berichten. In meiner Tätigkeit beim Bauernverband habe ich viele solcher Prozesse begleitet.

In erster Linie geht es um die Weitergabe eines Arbeitsplatzes. Gleichzeitig birgt eine Hofübergabe großes Konfliktpotenzial. Zum einen sind viele Emotionen im Spiel, zum anderen haben Fragen wie die Altersversorgung der Eltern oder die Abfindung der Geschwister häufig eine hohe Brisanz. Versteckte Lasten und vorhandene Investitionsstaus entscheiden oft

über den Lebensabend der Übergeber und die Zukunft der Unternehmer. Einen Betrieb fortzuführen ist „a decision for life and an invest for life“. 55% der Betriebsleiter waren 2020 bereits älter als 55 Jahre, aber nur 30,2% hatten einen Hofnachfolger. Erstaunlich ist, dass die Bereitschaft im Ländle, einen Hof zu übernehmen, kaum von dessen Größe abhängt. Wichtigster Faktor ist die fehlende Planungssicherheit bei Investitionssummen, die schnell im 7stelligen Bereich liegen. Dazu nehmen fehlende Wertschätzung und eine überbordende Bürokratie jungen Menschen die Lust auf Landwirtschaft.

Das muss sich ändern! Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen und einen Perspektivwechsel weg von ständiger Überwachung hin zu mehr Vertrauen. Die Einführung der neuen Dachmarke „Das ganze Land zu Tisch“ durch das MLR ist ein erster Schritt auf dem Weg in diese Zukunft.

### **| Aus dem Landkreis**

#### **Land fördert ehrenamtliches Engagement im Landkreis**



Der Landkreis Sigmaringen erhält einen Zuschuss in Höhe von 7.150 Euro für sein Projekt „Ehrenamt ist Gold wert – gemeinsam Engagement anerkennen und wertschätzen. Mit dem Projekt will das Netzwerk Ehrenamt eine Würdigungsveranstaltung für Ehrenamtliche im Landkreis durchführen, um das Engagement noch besser anzuerkennen. Ein Zuschuss in Höhe von 15.000 Euro fließt nach Mengen: S´Blochinger Wichte e.V. als Träger will mit dem Pop-Up Sozialprojekt "MengenMacher – gemeinsam schaffen wir eine ganze Menge(n)" temporäre Treffpunkte für den Austausch und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Mengen schaffen, um niederschwelliges Engagement und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Zudem sollen Workshops, Fortbildungsangebote und mobile Beratungsangebote zu den Themen soziale Teilhabe, Ehrenamt und Nachhaltigkeit eingerichtet werden.

Dazu sagt der Sigmaringer Landtagsabgeordnete Klaus Burger: „Baden-Württemberg ist das Ehrenamtsland Nummer 1. Das große Engagement bereichert unser Zusammenleben enorm. Ohne die Projekte unserer Ehrenamtlichen würde im Land einfach etwas fehlen. Deshalb tun wir gut daran, das Ehrenamt nach Kräften zu unterstützen. Dazu gehört die Ehrenamtskarte als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung. Dazu gehören aber auch Projekte, die das Ehrenamt zukunftsorientiert weiterentwickeln und damit



einen Beitrag leisten, auch künftig Menschen für dieses wichtige Engagement zu gewinnen. Umso mehr freut es mich, dass das Land die beiden Projekte bei uns im Landkreis fördert und damit ehrenamtliches Engagement unterstützt.

Hintergrund:

Innerhalb des Förderprogramms „Gemeinsam engagiert in BW III“ wurden aktuell 24 Projekte ausgewählt, die freiwilliges Engagement fördern und unterstützen. Dafür stellt die Landesregierung knapp 250.000 Euro zur Verfügung. Förderfähig sind Projekte, die dem Gemeinwohl dienen, innovativ sind und vielversprechende Elemente der Engagementförderung beinhalten. Die Umsetzung kann durch Beratung und Informationsvermittlung, durch Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen oder durch Austausch und Vernetzung erfolgen.



**| Aus dem Arbeitskreis |**  
**Gesprächsrunde bei der IHK Bodensee  
Oberschwaben**



Zusammen mit Raimund Haser und August Schuler trafen wir uns in großer Gesprächsrunde. Hauptgeschäftsführer Dr. Sönke Voss hatte ein Gesprächsteam von Fachleuten unter der Überschrift „Wirtschaftliche Herausforderungen“ zusammengestellt. Steigender Strombedarf, dargestellt an einem Recycling-Projekt für Glas, Stabilität der Netze, Auszubildende und Fachkräfte, fehlender Wohnraum, Infrastrukturkostenpauschale, Bürokratie, die Folgen des geplanten Gesetzes entwaldungsfreie Lieferketten bis hin zur koordinierten Gesamtverteidigung - hochspannende Themen wurden bearbeitet.

**| Aus dem Arbeitskreis |**  
**Treffen der agrarpolitischen Sprecher der  
Unionsparteien**



Im Vorfeld der Grünen Woche:

Die Treffen der agrarpolitischen Sprecher der Unionsparteien sind jedes Mal ein Gewinn, der Wissens- und vor allem der Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Bundesländern ist unersetzlich. Sehr wertvoll war auch der Meinungsaustausch

mit dem Bayerischen Bauernpräsidenten Gunther Felßner.

Neben den aktuellen Bedrohungen für die Tierhalter durch die Afrikanische Schweinepest, die Blauzungenkrankheit und natürlich die Maul- und Klauenseuche, ging es um weitere wichtige Themen wie die seitens der EU vorgegebene Wiedervernässung der Moore, ein Sofortprogramm für den Weinbau und Möglichkeiten zum Abbau der überbordenden Bürokratie.

Der Bundestagsabgeordnete und stellv. Fraktionsvorsitzende Steffen Bilger stellte sich den Fragen zur Bundestagswahl und legte das Wahlprogramm von CDU/CSU zur Bundestagswahl dar. Einstimmig wurde ein 10-Punkte-Plan für die Landwirtschaft verabschiedet, der diese und andere Herausforderungen angehen will.



Einen weiteren Schwerpunkt bildete der Vortrag von Dr. Jens Rademacher zu den neuen

Züchtungsmethoden. Er machte deutlich, dass diese sich in ganz wesentlichen Punkten von der bisherigen Gentechnik unterscheiden. Daher werden mit dem CRISPR/Cas-Verfahren gezüchtete Pflanzen in den meisten Ländern außerhalb der EU auch nicht als „GVO“ erfasst und landen heute schon in unseren Regalen. Dr. Rademacher warb für eine Abkehr vom europäischen Sonderweg, mit dem sich die EU von internationalen Forschungsstandards abkopple.

| Aus dem Arbeitskreis |

### 89. Grüne Woche in Berlin



Zusammen mit dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Manuel Hagel MdL und Minister Peter Hauk MdL informierte ich mich auf der 89. Grünen Woche in Berlin über die aktuellen Trends in der Agrarbranche.

Die Grüne Woche ist jedes Mal ein echtes Highlight. Unsere Landwirtschaft und die vielen bäuerlichen Familienbetriebe sind mit der Produktion hochwertigster regionaler Lebensmittel, der Pflege unserer

Kulturlandschaft und dem Tierwohl Rückgrat für ein intaktes Deutschland. In der Messehalle in Berlin versammelt sich richtig viel Innovation und Tradition, Schaffergeist und Herzblut.

Auch dieses Jahr zeigt sich Baden-Württemberg auf rund 800 Quadratmetern von seiner besten Seite. Als Land können wir richtig stolz auf ‚Made in BW‘ sein. In der ganzen Bundesrepublik stehen unsere Produkte für allerhöchste Qualität. Deshalb gilt weiter der Grundsatz: Kaufen Sie regional. Unterstützen Sie unsere Höfe und Märkte vor Ort. Es lohnt sich wirklich. Die Stimmung auf der Grünen Woche war 2025 nicht zuletzt aufgrund vieler neuer Ideen deutlich positiver als in den letzten beiden Jahren. Wichtig ist jetzt, dass der immer wieder geforderte und erhoffte Politikwechsel auch vollzogen wird.

Die Eröffnungsveranstaltung der Grünen Woche fand unter dem Eindruck der vorgezogenen Bundestagswahl am 23. Februar statt. In einer packenden Rede forderte EU-Landwirtschaftskommissar Christophe Hansen neue Visionen und einen Perspektivwechsel für den Agrarsektor. Ernährungssicherheit und die Eigenversorgung müssten wieder stärker in den Fokus rücken. Hansen hielt weiter ein Plädoyer für die Tierhaltung, die insbesondere für den Erhalt der Biodiversität in benachteiligten Gebieten notwendig sei. Und es brauche alle Betriebsformen, große und kleine, konventionell und ökologisch wirtschaftende Unternehmen.



Neben einem Gespräch mit dem Deutschen Bauernverband zu den Themen Maul- und Klauenseuche, Zukunft der Tierhaltung, Bürokratieabbau u.a. standen auch Austausche mit den Waldbesitzern, Forst und vielen weiteren Gesprächspartnern auf der Agenda.

Zentrale Bedeutung hat für mich aber, die Messeaussteller aus Baden-Württemberg zu unterstützen. Daher geht ein großes Lob an diese, die viel Zeit, Engagement und auch Kosten in Kauf nehmen, um das Land Baden-Württemberg in Berlin zu repräsentieren. Dies ist auch am Gemeinschaftsstand Baden-Württemberg mit der Dachmarke „BaWü zu Tisch“ allgegenwärtig, die für regionale Erzeugnisse, einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln und ein starkes Gemeinschaftsgefühl steht. Ein weiteres Highlight war der Auftritt von Friedrich Merz im Rahmen des Empfangs der Waldeigentümer. Den großen Herausforderungen Klimaschutz und Waldumbau will er aktiv begegnen. Großflächige Stilllegungen hält der

Kanzlerkandidat für falsch verstandene Nachhaltigkeit. Er forderte mehr Vertrauen statt Kontrolle, mehr Gestaltungsfreiheit für die Experten mit Ausbildung und Erfahrung statt Gängelung seitens der Politik durch Regelungen bis ins kleinste Detail.



| **Aus dem Verband** |

### **Unsere Antwort: Die Agenda 2030**

Deutschland Anfang 2025 – nach drei Jahren Ampel: Das ist eine Wirtschaft in tiefer Krise. Das Bruttoinlandsprodukt ist das zweite Jahr in Folge gesunken. Die Insolvenzzahlen steigen. Es sind so viele Menschen arbeitslos, wie seit fast zehn Jahren nicht mehr. Laufend kündigen Unternehmen Stellenabbau an. 130.000 Arbeitsplätze sind mittelfristig allein in der Autoindustrie gefährdet. Derzeit verlieren wir 7.000 Industriearbeitsplätze – pro Monat. Die Energiekosten sind auf einem Höchststand. Bei der Abgabenlast liegt Deutschland in einer unrühmlichen Spitzengruppe, bei der Belastung durch Bürokratie erst recht. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft geht zurück. Bei den Wachstumsaussichten ist Deutschland OECD-Schlusslicht. Politische Konflikte in der Welt und strukturelle Umbrüche durch Digitalisierung und Dekarbonisierung

stellen unser „Geschäftsmodell Deutschland“ in Frage: Billiges Gas aus Russland, preisgünstige Vorprodukte aus China, hochwertige Exporte in alle Welt und Sicherheitsgarantien durch die USA – das ist Vergangenheit. Der Begriff De-Industrialisierung ist mittlerweile in aller Munde – und das in Deutschland, einem Land, das immer stolz auf seine erfolgreiche Industrie war. Ein Deutschland, auf das im Ausland nunmehr mit Verwunderung statt mit Bewunderung geschaut wird. Deutschland Anfang 2025: Das ist eine Stimmung in Wirtschaft und Gesellschaft, die wie Mehltau über dem Land liegt. Die Menschen fühlen sich gegängelt. Fleiß, Arbeit und Anstrengung lohnen sich immer weniger. Das Versprechen von Aufstieg durch Leistung scheint leer. Ein Gefühl zunehmender Ungerechtigkeit macht sich breit. Und die Politik? Die Ampel ist gescheitert. Sie war immer weit weg von den Menschen und Unternehmen im Land. Auch deswegen hat sie bis zuletzt den Ernst der Lage geaugnet. Sie hat gestritten und so für große Verunsicherung gesorgt. Die wirtschaftliche Folge ist größte Zurückhaltung bei Investitionen und Konsum. Die deutsche Wirtschaft schrumpft. Politische Konsequenzen sind ein gefährlicher Vertrauensverlust in die Demokratie und ein Vertrauensverlust in die Lösungskompetenz der Politik insgesamt.

**UNSERE ANTWORT: DIE AGENDA 2030**

**[Lesen Sie das ganze Dokument im Anhang.](#)**

## | Aus dem Verband |

### Baden-Württemberg und eine neue Politik der Mitte im Bund



Die Fraktionsklausur der CDU-Landtagsfraktion in Baden-Baden war geprägt durch intensives Arbeiten in den Themen Wirtschaft, Zuwanderung, Wohnraum und ländliche Strukturen. Das Ganze wurde in einem 10-Punkte-Programm der Zuversicht beschlossen und überschrieben mit „Baden-Württemberg und eine neue Politik der Mitte im Bund“. Natürlich gab es auch einen Bürgerempfang, der in Rastatt durchgeführt wurde und Anlass zu vielen Gesprächen mit der Bevölkerung ermöglichte. In der Vor-Ort-Aktion des AK Ländlicher Raum hatten wir uns im Nationalpark vor Ort informiert.



## Aus dem 10 Punkteplan:

Deutschland muss wieder nach vorne. Die Bilanz nach drei Jahren „Ampel“ im Bund ist verheerend. Rezession, Arbeitsplatzabbau, hohe Energiepreise und ein Alltag, der immer teurer wird – für die Deutschen ist mit SPD, Grünen und FDP nichts besser geworden. Die Menschen sehnen sich deshalb nach einem Wechsel. Nicht als Selbstzweck, sondern weil Deutschland endlich wieder eine Politik braucht, die funktioniert. Eine Politik, die Wohlstand schafft und nicht nur umverteilt. Eine Politik, die Arbeitsplätze sichert und niemanden vom Arbeiten abhält. Und eine Politik, die nicht aufs Angstmachen setzt, sondern tatkräftig für mehr Sicherheit sorgt. Nach innen wie nach außen. Deutschland muss wieder nach vorne – und Baden-Württemberg wieder an die Spitze. Der Erfolg Baden-Württembergs und der Wohlstand unseres Landes hängen von den richtigen Weichenstellungen in der Bundespolitik ab. Eine neue Politik der Mitte ist deswegen im unmittelbaren Interesse der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger.

**UNSERE ANTWORT: Zehn Punkte Zuversicht.**

**Lesen Sie das ganze Dokument im Anhang.**

## | Aus dem Verband |

### CDU-Kreisvorstandssitzung



CDU - Kreisvorstandssitzung mit zwei Highlights. Sehr gute Vorstellungsrunde der Bewerber - Ilona Boos und Sarjoscha Marquardt als Erstkandidat und Thomas Hummel als Zweitkandidat für die Landtagswahl 2026. Und der aktuelle Stand zur Bundestagswahl am 23.02.2025 von Thomas Bareiß. Dazu gab es eine tiefeschürfende Diskussion. Abschließend noch eine tolle Nachricht: Weitere 9 Neumitglieder konnten aufgenommen werden.

## | Aus dem Verband |

### Mandatsträgerkonferenz in Künzelsau



Mannheim, Illerkirchberg, Wangen, Solingen, Magdeburg und jetzt Aschaffenburg – es reicht jetzt! Uns allen ist klar: Wir können nicht einfach so weitermachen. Die immer gleichen Rituale und Beschwichtigungen von Olaf Scholz und seiner rot-grünen Regierungskoalition sind nur noch beschämend. Es muss sich endlich etwas ändern. Die Politik muss etwas ändern. Friedrich Merz hat letzte Woche ein ganzes Paket an Lösungen vorgelegt. Klar in der Sache, entschlossen im Vorhaben und verbindlich im Ton. Mehr Grenzkontrollen, Zurückweisung illegaler Migranten an der Grenze, Ausreisearrest für Straftäter und Gefährder sowie konsequent mehr Abschiebehaft für mehr Abschiebungen – viele Maßnahmen fordern wir als Union schon lange. Fast alle Ideen scheitern bislang am Widerstand von SPD und Grünen. Die CDU Baden-Württemberg unterstützt Friedrich Merz. Das haben wir am Wochenende in Künzelsau ganz deutlich gemacht. Der minutenlange Applaus der 3.000 Besucherinnen und Besucher des Neujahrsempfanges mit Friedrich Merz war ein starkes Signal. Der CDU-Landesvorstand und unsere Mandats- und

Funktionsträgerkonferenz haben sich eindeutig zum Kurs unseres Kanzlerkandidaten bekannt. Und das Richtige wird nicht falsch, nur weil die Falschen sagen, dass es richtig ist. Die Union schließt jede Zusammenarbeit mit der Truppe um Höcke, Weidel und Co. aus. Wir wollen, dass die demokratische Mitte die Probleme unseres Landes löst. Dafür müssen sich die Parteien der Ampel ihrer staatspolitischen Verantwortung stellen. SPD und Grüne müssen jetzt zustimmen. Sie haben lange genug gebremst und blockiert. Es ist Zeit, vom Reden ins Tun zu kommen. Es ist Zeit für eine klare Haltung.

## Neujahrsempfang in Schwenningen



Schwenningen: Keine langen Reden von Bürgermeister Ewald Hoffmann, aber treffende Worte. Kein überfülltes Abendprogramm, aber Musikkapelle, Chorjugend und eine Ehrung von Vinzenz Gerber und Fritz Grad waren gelungene Inhalte. Thomas Bareiß und ich fanden uns im Ehrenamt „Strohparkevent“ wieder. Ich erinnerte mich an meinen Antrittsbesuch beim neuen Bürgermeister, der mir in seiner Agenda vier Punkte mitgegeben hatte, welche sich zu 100% mit meinen deckten.

## Neujahrsempfang in Ostrach



Ostrach: Die neue Bürgermeisterin Lena Burth organisierte einen Festakt mit Strahlkraft und Tiefgang zu 50 Jahren Gemeindereform. Ostrach ist die einzige Gemeinde in Baden-Württemberg, die sich über die ehemaligen Landesteile Baden, Württemberg und Hohenzollern erstreckt. Die Buchbühlhalle war bis auf den letzten Platz besetzt als die drei Redner Landrätin Stefanie Bürkle, CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzender Manuel Hagel MdL und der Hauptgeschäftsführer des Gemeindetages Steffen Jäger sprachen. Lobende, kritische, humorvolle Worte. Alle hatten das Ziel, das Erreichte zu würdigen und aufzuzeigen, wie man aus der aktuell verfahrenen Situation heraus in eine gute Zukunft kommt. Bürgermeisterin Burth tat ihres dazu und hatte noch einige Überraschungen parat: natürlich Blasmusik, aber auch wertschätzende Ehrungen, Auszeichnungen und ein toller Werbefilm.

### Neujahrsempfang in Mengen



Es war nicht nur ein gelungener Neujahrsempfang der Stadt Mengen, sondern auch eine Lehrstunde. Bürgermeister Philip Schwaiger und der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident und EU-Kommissar Günther H. Oettinger zeigten auf, wie Deutschland und Baden-Württemberg aus der Krise geführt werden können. Natürlich muss hier die Regierung einen Politikwechsel liefern, aber auch die Gesellschaft insgesamt muss ihren Teil dazu beitragen. Mit einer 4-Tagewoche ist das nicht zu leisten. Ein Verlust von Wohlstand hätte auch ein Zerschlagen unserer Demokratie zur Folge.

Ein besonderer Höhepunkt war auch die Ehrung von verdienten Mitbürgern, so zum Beispiel Wolfgang Eberhardt für 50 Jahre kommunales Engagement.

### Neujahrsempfang in Herdwangen-Schönaich





Bürgermeisterin Alexandra Kipp gestaltete den Neujahrsempfang in Herdwagen-Schönach als Kino-Event und packte auch die Jubiläumsstory „50 Jahre Eingemeindung“ hinein. Im Vorspann waren die örtlichen Gewerbebetriebe zu sehen. Gezeigt wurde auch ein selber erstellter Heimatfilm (dafür gab es sowas wie einen Film-Oscar für die Macher). Es gab eine Auszeichnung der deutschen Friseurmeisterin Lea Wybranietz, Blutspenderehrungen, zwei Musikkapellen und eine Jubiläumsverlosung. Als MdL fand ich mich in der ELR-Förderung der neuen Senioren- Wohnanlage und Unterstützung des Ehrenamtes und der Landwirtschaft wieder.

### Neujahrsempfang in Meßkirch



Leistungsturnen, Alphornbläser, Sportlerehrungen und Rück- und Ausblick von Bürgermeister Arne Zwick - das war das kurzweilige Programm im Festsaal des Schlosses Meßkirch. Im Bericht des Bürgermeisters fand ich mich in den Punkten Anbindung B 313, Zuschuss für TLF 4000, zahlreiche ELR-Förderungen und ehrenamtliches Engagement wieder.

### Weihe der Kapelle zur „Heiligen Familie“ in Friedberg



Familie Oehler errichtet eine Kapelle und macht sich und uns allen ein besonderes Geschenk. Die feierliche Weihe spendete Bischof Thomas Maria Renz. In meinem Grußwort sagte ich die Kapelle zur „Heiligen Familie“ steht am richtigen Platz, sie steht im Schatten der Wallfahrtskirche von Friedberg. In Zeiten von Krisen, Kriegen, wirtschaftlich und politischen Turbulenzen braucht es ein festes Fundament. Dank an alle und auch an die vielen Teilnehmer der Einweihung.